

Nusxasi 5 Kruşur

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN HARİÇ İÇİN

| | | | | |
|--------------|-------------|------|-------|------|
| Aylık | Türk Lirası | 1.50 | R. M. | 5.- |
| Çeyrek aylık | | 4.25 | | 13.- |
| Altı aylık | | 8.- | | 25.- |
| Bir senelik | | 18.- | | 60.- |

Yahut meblağlı.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehanesi

Takım Caddesi No. 583 ve 587.

Telegraf adresi: Türköpost.

Telefon: 44.606.

Posta Kutumu: İstanbul 1209.

Türksche Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruşur

BEZUGSPREISE

| | | |
|-------------|--------------|-----------|
| | Inland | Anland |
| Nr. 1 Monat | T. Pfd. 1.50 | R. M. 5.- |
| " 3 Monate | " 4.25 | " 13.- |
| " 6 Monate | " 8.- | " 25.- |
| " 12 Monate | " 18.- | " 60.- |

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:

Tekke-Caddesi Nr. 583-587.

Druckanstalt: Türköpost.

Fernsprecher: 44.606

Postfach: İstanbul 1209.

Neue Massnahmen des Reiches

Verordnung des Reichspräsidenten

Berlin, 18. März.

Der Reichspräsident hat heute eine Verordnung erlassen, die zahlreiche Maßnahmen auf dem Gebiet der Finanzen, der Wirtschaft und der Rechtspflege zum Inhalt hat.

Finanzen.

Es handelt sich um Maßnahmen zur Änderung von Bestimmungen des Besoldungsgesetzes, auf dem Gebiete der Zollverwaltung gegen den Schmuggel, um Vorschriften zur Änderung des Branntweinmonopols, die sich aus dem Beizwangsverbot von Alkohol zum Benzin ergeben, sowie um Vorschriften des Salzsteuergesetzes.

Weiter um Maßnahmen auf dem Gebiete der Steuerverwaltung und Vorschriften über die Realsteuern.

Die Verordnung enthält ferner Bestimmungen zur Steuervereinheitlichung und Vereinfachung im Steuerverfahren. Ferner Bestimmungen über die Arbeitslosenhilfe, über die Änderung des Münzgesetzes. Hier ist geplant, 1

Markstücke aus Nickel einzuführen, in Verbindung damit ist beabsichtigt, die 5 Markstücke neu ausprägen, kleiner, aber mit gleichem Silbergehalt, dabei sollen auch die 2 Mark-Stücke in anderer Form, mit erhöhter Legierung geprägt werden, die 3 Mark-Stücke einzogen und ausser Kurs gesetzt werden.

Rechtspflege.

Die Verordnung bringt ferner einige Ergänzungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Zwangsvollstreckungsgesetzes, Bestimmungen über Mündelgelder und Hinterlegung von Wertpapieren.

Schließlich Bestimmungen über Zuzahlung von Hilfsrichtern beim Reichsgericht. Änderungen der Rechtsanwaltsordnung, Schaffung einer körperlich organisierten Reichs-Rechtsanwaltskammer, Verlängerung des Fächerkreditgesetzes, Zulassung der Wertpapiere der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft an der Börse und Bestimmungen über Enteignung im Städtebau und Wasserstraßenbau.

Luther Botschafter in U. S. A.

Berlin, 18. März.

Dr. Luther, der frühere Reichsbankpräsident ist zum Deutschen Botschafter in Washington ernannt worden.

Washington, 18. März.

Die amerikanische Regierung hat ihre Zustimmung zur Ernennung Dr. Luthers zum Deutschen Botschafter in Washington erteilt.

Washington, 18. März.

Die Ernennung Dr. Luthers zum Botschafter des Reiches in Washington hat in den Vereinigten Staaten einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen, und angesichts der amerikanischen Ansichten über die politischen Spannungen in Europa sehr beruhigend gewirkt.

Keine Belästigung von Ausländern.

Washington, 18. März (A.A.)

Nach einer Erklärung des Unterstaatssekretärs Philipps teilte der amerikanische Botschafter in Berlin, Sakkett, seiner Regierung telegraphisch mit, daß seit dem 11. März in Deutschland kein Ausländer belästigt worden ist.

Die Türkei und Macdonalds Plan

Ankara, 18. März (A.A.)

Der vorläufige Eindruck, den der Vorschlag des englischen Premierministers in der Frage der Rüstungseinschränkung in den maßgebenden Ankara-Kreisen hinterlassen hat, kann, wie folgt, zusammengefasst werden:

Erstens: Aus den bisher eingetroffenen Meldungen ist noch nicht klar ersichtlich, wie der heutige englische Ministerpräsident die neue Türkei betrachtet.

Zweitens hat die von ihm der Türkei zugeordnete Zahl der Flugzeuge deshalb keinen günstigen Eindruck erweckt, weil sie im Vergleich zu den in der gleichen Lage befindlichen anderen Staaten Europas und in Berücksichtigung der besonderen Lage der Türkei sowie der allgemeinen Umstände geringer ist, als dies erforderlich wäre.

Man erwartet jedoch in Ankara neue ergänzende Meldungen.

Rom, 18. März.

Macdonald, der mit Begleitung seiner Tochter mit dem britischen Außenminister heute in Rom eingetroffen ist, wurde von Mussolini persönlich empfangen und begrüßt.

Die Staatsmänner hatten dann eine mehrstündige Unterredung.

Die Einstellung Amerikas.

Washington, 18. März.

Nach einer Erklärung Norman Davis', der von Roosevelt zum Führer der amerikanischen Abordnung in Genf ernannt wurde, lehnt es Amerika ab, irgend einem europäischen Staat die Unversehrtheit seines Staatsgebietes zu garantieren.

Die weitere Behandlung des Plans.

Genf, 18. März.

Ueber die weitere Behandlung des englischen Abrüstungsplanes wird aus Genf berichtet:

Donnerstag wird die allgemeine Aussprache über Macdonalds Vorschläge beginnen, die sich auf mehrere Tage erstrecken wird.

Ausschlußverhandlungen werden dann nicht mehr stattfinden, sondern sofort der unmittelbare Meinungsaustausch einsetzen, wozu auch die Osterpause benützt werden soll.

Politische Wochenschau

Mißtrauen und Furcht in Europa. — Das Gift der „Verträge“. — Macdonalds Rettungsaktion in Genf. — Italiens Rolle. — Die Gefahrenherde im Südosten.

Stambul, 18. März

Die Krise von Genf, die Macdonald wie ein „Deus ex machina“ beschworen will, ist — man braucht es wohl kaum zu sagen — an und für sich keine selbständige Krise, denn Genf ist nur der Brennpunkt, in dem sich die verschiedenen Krisenstrahlen sammeln. Die Abrüstungskonferenz ist in einer kritischen Lage, weil die Thesen der einzelnen Delegationen einander diametral entgegengesetzt sind, aber sie sind es, weil die politischen Tendenzen der einzelnen Länder einander feindlich sind, weil Mißtrauen und Furcht in den internationalen Beziehungen herrschen und seit dem Beginn der Konferenz nicht schwächer, sondern immer heftiger geworden sind. Dies Mißtrauen und diese Furcht haben sich in der letzten Zeit zu einer Art Hysterie gesteigert, denn wodurch könnte man sonst es erklären, daß derartige rein lokale Vorfälle wie der Kehler, zu einem „Zwischenfall von internationaler Bedeutung“ aufgebaut werden? Die „Heiligkeit“ der Verträge soll dadurch verletzt worden sein, daß in der entmilitarisierten Zone Absperrung verwendet wurde und sich eine Abteilung SA. in der Kehler Kaserne einige Stunden lang aufgehalten habe. Der Artikel 13 des Versailler Instruments, auf den sich Frankreich bei seinem diplomatischen Schritt in Berlin beruft, verleiht den „Verträgen“ die Konzentration von Truppen in dem entmilitarisierten Gebiet und die Abhaltung jelicher militärischen Manöver. Nichts konnte besser zeigen, wie krankhaft gereizt die Nerven der „Hüter der Verträge“ sind, als derartige vermeintliche „Zwischenfälle“. Ein kleiner Tropfen Gift, aber doch ein Gift, ist wieder in die internationalen Beziehungen gespritzt worden, desselben Gifts, das seit Jahren aus den „Verträgen“ sickert und auf die Völker wirkt, das die einen zu immer größeren Rüstungen zum Schutz der „Verträge“ antreibt und die anderen — die entworfenen — mit immer wachsender Unruhe und Besorgnis wegen ihrer Sicherheit erfüllt.

Gleichberechtigung in Sicherheit und in Wehr war die Plattform, auf die sich die Abrüstungskonferenz stellen mußte, um zu positiven Ergebnissen zu gelangen. Nachdem es einmal anerkannt war, daß auf Grund des Fünfer-Abkommens vom 11. Dezember v. J. Deutschland in keinem Fall einfach zu den militärischen Bestimmungen des Versailler „Vertrags“ zurückkehren könne, war es klar, daß die Abrüstung der stark gerüsteten Mächte freiwillig in der Weise erfolgen müßte, wie sie bei Deutschland zwangsweise durchgesetzt war. Statt dessen wurde alles in Bewegung gesetzt, um der Gleichberechtigung eine rein formale Bedeutung zu belassen und ihre Verwirklichung zu hintertreiben. Hauptsächlich diesem Bestreben ist der bisherige Mißerfolg der Konferenz zuzuschreiben. Niemand — und am wenigsten die deutsche Delegation — konnte erwarten, daß die bis an die Zähne bewaffneten Staaten anders als in Etappen sich der deutschen Entwaffnung nähern würden. Aber dann einem raffinierten Verschleppungssystem war es so weit gekommen, daß, wie der deutsche Hauptdelegierte, Botschafter Naldony, feststellen mußte, die Konferenz nach einjähriger Dauer sich nicht zu Maßnahmen habe entschließen können, die die Wehrleistungen auch nur um einen einzigen Soldaten, eine einzige Kanone, einen einzigen Tank, ein einziges Schlachtschiff und ein einziges Militärflugzeug herabsetzen würden. In allen praktischen Fragen, in der Materialfrage, die bekanntlich von den technischen Kommissionen bereits vollständig bearbeitet ist, in der Frage der Luftwaffe usw. wurde die Konferenz trotz des

Ausschluss der Kommunisten aus den Parlamenten

Berlin, 18. März (A.A. nach WTB.)

In unterrichteten Kreisen erklärt man, es sei den deutschen Einzelstaaten überlassen, die vom Reichsinnenminister Frick ausgegebene Losung „kein Kommunist mehr in deutschen Parlamenten“ zu befolgen.

In verschiedenen Staaten sind die Kommunisten bereits ausgeschlossen. Für Preußen erwartet man die Verkündung einer Verordnung, nach der die Kommunisten aus dem Landtag, den Provinziallandtagen, den Stadtverordnetenversammlungen und Stadträten als staatsfeindlich ausgeschlossen werden.

Diese Maßnahme wird dazu beitragen, die Macht der Regierung weiter zu verankern, sodaß in mehreren Staaten, wo eine Mehrheit nur mit Hilfe der Zentrumspartei nicht mehr notwendig sein wird.

Der Reichsrat, der aus Vertretern der deutschen Länder besteht, wird eine durchaus einheitliche Zusammensetzung erhalten, da alle Bundesstaaten nationalsozialistische Regierungen haben und auch die preußischen Provinziallandtage, die die Hälfte der preußischen Vertreter in den Reichsrat entsenden, nach dem Ausschluss der Kommunisten über eine nationale Mehrheit verfügen.

Eine ähnliche Zusammensetzung wird auch der preußische Staatsrat haben. In ihm werden höchstens einige Abgeordnete des Zentrums, jedoch keine Sozialdemokraten vertreten sein.

Berlin, 18. März (A.A. nach Havas)

Zwei kommunistische Stadträte wurden beim Betreten des Rathauses verhaftet. Jeder kommunistische Stadtverordnete, der sich ins Rathaus begibt, soll verhaftet werden.

Dresden, 18. März.

Für Sachsen ist ein Landesabwärt zur Bekämpfung des Bolschewismus errichtet und dem Amt der Kriminalpolizei angegliedert worden.

Verhandlungen des Reichskanzlers

Berlin, 18. März.

Montag werden Besprechungen des Reichskanzlers mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei stattfinden, die in erster Linie dem geplanten Ermächtigungsgesetz gelten werden.

Ministerreisen

Berlin, 18. März (A.A.)

Goering begab sich gestern im Flugzeug nach Stettin, Papen reiste von Berlin nach Breslau.

Verhandlungen mit der Reichsbahn

Berlin, 18. März.

Zwischen dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, und dem Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dormmüller fand heute eine längere Unterredung statt, in der die Frage einer verstärkten Eisenbahnpropaganda eingehend besprochen wurde.

Der neue Senat in Bremen

Bremen, 18. März.

Der Reichskommissar für Bremen hat heute den kommissarischen Senat ernannt, der sich aus Mitgliedern der N.S.D.A.P. und der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot zusammensetzt.

Der bisherige geschäftsführende Senat ist aus seinen Aemtern ausgeschieden.

Hessen

Darmstadt, 17. März. (A.A. nach WTB.)

Nach der Wahl der neuen hessischen Regierung durch den Landtag ist die Vollmacht des Reichskommissars für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Hessen erloschen.

Das Endergebnis der Preussenwahlen

Berlin, 18. März.

Das endgültige Ergebnis der preussischen Landtagswahlen ergibt 476 Sitze für den künftigen preussischen Landtag, nicht wie bisher gemeldet 474.

Es erhalten je 1 Mandat der Christlich-sozialen Volksdienst und die Deutsch-Hannoveraner.

Hakenkreuzfahnen in Zürich verboten

Zürich, 18. März.

Im Kanton Zürich wurde das Hissen von Hakenkreuzfahnen oder das Umhertragen solcher Flaggen von der Polizeidirektion untersagt.

Rundfunkrede Dr. Schachts

Berlin, 18. März.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt heute eine Rundfunkrede, in der er ausführte, daß die deutsche Volkswirtschaft seit Mitte Mai 1931 bis heute 10 Milliarden Mark in Gold und Devisen an das Ausland zurückgezahlt habe, wodurch sich der Schrumpfungprozess der Wirtschaft erheblich verschärft habe. Die Aufgabe für eine nationale Notenbankpolitik ergebe sich daraus von selbst: nämlich jeden möglichen Weg zu gehen, um eine Erhöhung der Gold- und Devisenbestände der Reichsbank zu erreichen. Das Ausland möge versichert sein, daß wir unsere Handelsverpflichtungen im vollen Umfange anerkennen.

Die künftige Währungspolitik habe die vornehmste Aufgabe, die Wertbeständigkeit der Mark zu erhalten.

Nationalsozialismus und Gewerkschaften

Berlin, 17. März (A.A. nach WTB.)

Das nationalsozialistische Pressebüro veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt, es sei falsch anzunehmen, daß die Nationalsozialisten den Arbeitergewerkschaften feindlich gegenüberstehen. Die nationalsozialistische Bewegung betrachte im Gegenteil die Gewerkschaften als natürliche Interessenvertretung der Handarbeiter, sie trete nur gegen die Verflechtung des Gewerkschaftsdenkens durch die verbotene marxistische Politik ein.

Erregte Bundesratssitzung in Wien

Wien, 18. März (A.A.)

Der Bundesrat trat gestern im Parlament zusammen. Es herrschte infolge der politischen Ereignisse der letzten Zeit eine sehr erregte Stimmung. Der Bundeskanzler gab dem Versammlungsamt die Mitteilung, daß die Mitglieder der Bundeskanzler zu der Sitzung erscheinen möchten.

Die Sitzung wurde unterbrochen. Bei der Wiedereröffnung waren drei Minister erschienen, die jedoch sehr bald wieder den Saal verließen und erklärten, sie seien nicht gekommen, um vonseiten der Redner sich beleidigen zu lassen.

Nach langer Aussprache, die wiederholt in Tätlichkeiten ausartete, drohte, gingen, wie schon in früheren Sitzungen, die Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Großdeutschen gemeinsam vor. Auf Grund der erzielten Mehrheit wurde eine Reihe von Anträgen angenommen, in denen der Regierung Vorwürfe gemacht werden und ihr das Mißtrauen ausgesprochen wird. Ein Antrag der Nationalsozialisten, die Regierung in den Anklagezustand zu versetzen, wurde aus rein formalen Gründen abgelehnt.

Übrigens haben die Beschlüsse des Bundesrats keine praktische Bedeutung und sind ohne Einfluß auf den Sturz oder das Verbleiben der Regierung.

Heimwehr und Nationalsozialisten

Wien, 17. März (A.A.)

Die österreichische nationalsozialistische Partei und die Heimwehren schlossen ein Abkommen über die gegenseitige Verpfändung des Falls, daß eine gewaltsame Änderung der Verfassung versucht werden sollte.

Balkanratstagung

Bukarest, 18. März (A.A.)

Der Rat der Balkankonferenz trat gestern unter Vorsitz des rumänischen Kammerpräsidenten Popp zusammen. Die Abordnungen der Länder verlassen ihre Berichte.

Auf Antrag des Leiters der griechischen Abordnung, Papantoniou, beschloß der Rat eine Entschliebung, in der die gemeinsame Überzeugung der Ländergruppen nochmals zum Ausdruck gebracht wird, daß der Gedanke der Balkanunion mit jedem Tag weiter vorwärtsschreite.

Waffenfunde in Dalmation

Belgrad, 17. März (A.A.)

An mehreren Stellen der dalmatischen Küste wurden große Mengen Waffen entdeckt, die von einer Vereinigung eingeschuggelt worden sind, die aus Kroatien und Dalmation einen unabhängigen Staat zu machen bestrebt ist.

Das Endergebnis der griechischen Wahlen

Athen, 18. März (A.A.)

Das Innenministerium veröffentlichte die endgültigen Ergebnisse der Wahlen vom 5. März.

Die Volkspartei erhielt 127 Sitze, die Liberalen 112, die Unabhängige Bauernpartei und die Unabhängige Volkspartei, die mit der Regierung zusammenarbeiten werden, 8 Sitze. Demnach verfügt die Regierungskoalition über 135 Stimmen, die Liberalen dagegen nur über 112 Stimmen.

In Regierungskreisen hofft man auf eine noch größere Mehrheit in der Kammer.

Plastiras' Papiere beschlagnahmt

Athen, 18. März (A.A.)

Die Blätter veröffentlichten die Papiere, die in der Wohnung des Generals Plastiras beschlagnahmt wurden und aus denen hervorgeht, daß der General einen ausgedehnten Briefwechsel mit wenielschistischen Kreisen unterhielt.

Peru gegen die Vorschläge des Völkerbundes

Genf, 18. März (A.A.)

Der Völkerbundsrat beschloß einstimmig Empfehlungen zur Beilegung des Streites zwischen Kolumbien und Peru. Der Vertreter Kolumbiens nahm die Vorschläge an, während der Vertreter von Peru ablehnte und den Saal verließ, ohne sich zu verabschieden.

Vor Japans Austrittserklärung

Tokio, 18. März.

Die japanische Regierung wird am kommenden Freitag die offizielle Erklärung des Austrittes Japans aus dem Völkerbund nach Genf übermitteln.

Die Grenzfragen im Nahen Osten

Adana, 17. März (A.A.)

Die seit 14 Tagen andauernden Besprechungen des türkisch-französischen ständigen Grenzausschusses sind abgeschlossen.

Die französische Abordnung ist heute nach Aleppo abgereist. Auch die türkische Abordnung wird morgen unsere Stadt verlassen.

Timur Tasch verurteilt

Teheran, 19. März (A.A.)

Nach Beratungen in geheimer Sitzung verurteilte das Strafgericht den früheren Hofminister Timur Tasch wegen Betrug und Veruntreuung öffentlicher Gelder zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren und zu einer Geldstrafe von 63.000 Toman.

Vor der Weltwirtschaftstagung

Washington, 17. März.

In einer Besprechung, die der amerikanische Präsident mit mehreren europäischen Botschaftern gestern abhielt, trat Roosevelt für die baldige Einberufung der Weltwirtschaftstagung ein.